

Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Geegründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereinigt. Täglich: „Unterhaltungsbild“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wochentlich 1.-Märk. monatlich 4,80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Aunfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ulstein & Co. (Herausgeber): Georg Bernhard. Verantw. Redakteur: (im Ausw.) Mandatshalt: Carl Wisch. Berlin. Uvert. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Versehr. Centrala Ulstein & Co. Am Dönhofs 3066-3068 für den Verleger: Am Dönhofs 3066-3068. Telegramm-Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 924.

Amerika gegen Europa

Die Todesstrafe in England

Pariser Besorgnisse

Wochenschriftendienst der „Vossischen Zeitung“

Paris, 5. August

In der französischen Presse kommt wieder die Befürchtung zum Ausdruck, daß die Neutralität auf dem Gebiete der Seerechtspflichten auf die Dauer zu einer ernstlichen Erhebung des Verhältnisses zwischen den beiden anglo-amerikanischen Staaten führen könne. Ungeachtet der freundschaftlichen Versicherungen, daß durch den Besuch der Generäle Marins-Konferenz die freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Amerika in keiner Weise gefährdet würden, so schreibt heute Abend der „Lamps“, macht sich bereits auf beiden Seiten ein Gefühl des gegenseitigen Mißtrauens deutlich bemerkbar. Das Blatt sieht den Grund des Mißtrauens vor allem darin, daß Amerika jegliches Verständnis für die wahren Forderungen der englischen Öffentlichkeit habe lassen sollen, während England offenbar noch immer nicht begreifen wolle, daß die Vereinigten Staaten unter keinen Umständen auf die teilweise Gleichstellung mit der englischen Marine verzichten wollen.

Die „Information“ schreibt sogar noch dem „Enderby“, „maritimen“ Entente zwischen England und den Vereinigten Staaten, dessen politische Folgen einstweilen nicht abzusehen

seien. Amerika, das dank seiner finanziellen Kräfte das durch den Krieg geschädigte Europa mildern zu helfen habe, führt das Blatt fort, würde ein sehr geringes Spiel treiben, wenn es seine gewöhnliche Freigehigkeit fortsetzen würde. Nichts desto weniger sei Deutschland vor 1914 eingeschlagen habe, und die schließlich zum Weltkrieg führte. Dieser aber habe in Amerika einen ausgesprochenen Nationalismus großgezögert, den Europa aufmerksam zu beobachten allen Anlaß habe. Auch das „Journal“ erinnert an den deutlichen Vorbedenfall und meint, es könne sehr wohl mehr darüber bestehen, daß Amerika in einem schrittweisen Konkurrenzkampf mit England eingetreten sei, der zu den schwersten internationalen Komplikationen führen könne. Bemerkung äußern die Gegner der Abrüstung. Wenn schon, so führt das „Journal“ aus, zwei Mächte, die durch jahrelange Freundschaft miteinander verbunden sind, und zwischen denen keine ernstliche Gelegenheit besteht, aufstrebende sind, sich über die Frage des Vorkommnisses der Kräfte und der Stabilität der Weltgeschichte einigen, welche Chancen hat denn noch die Durchführung der kompliziertesten Idee einer allgemeinen Abrüstung zu Lande, wo es sich dabei um Nationen handelt, die durch jahrzehntelange Feindschaft und durch die Trennung vor einer Schwäche auf einem gemeinsamen Fuße miteinander leben! Der „Review“ erklärt, daß die Konferenz den Beweis erbracht habe, daß die Idee der Abrüstung, wie sie von Amerika aus lanciert worden sei, eine „Schimäre“ sei. !

Einmal nach dem Kriege lebhaft eingehenden Volkshimmung die Todesstrafe Bedingung tragen, schlossen sich Anfang 1925 eine Anzahl führender englischer Parlamentarier zum National Council for the Abolition of the Death Penalty (Volksauschuß zur Abschaffung der Todesstrafe) zusammen. Ein Verein mit demselben Ziele hätte wenig Aussicht auf Lebensfähigkeit gehabt; Aktionsausführung und eine dem englischen parlamentarischen Organisationsform, da sie dem Einzelmitglied weniger Verantwortlichkeiten auferlegten als der eigentliche „Verein“, andererseits jedoch den wenigen Personen, die aktiv werden, die Gewißheit geben, daß sie sich als Funktionäre größerer Volkserfolge beizugehen können. So kann sich auch der junge Auschuß gegen die Todesstrafe zahlenmäßig und qualitativ namenhafter Unterstützung und außer ausgebehalten und erfolgreichen Tätigkeit rühmen. Ein Blick auf die Liste der Mitglieder zeigt, wie repräsentativ der Auschuß ist. Neben Parlamentarier gehören aber drei Parteien gehören ihm zu hervorragende geistliche Würdenträger wie der Lord Bishop von Winchester und die Dame von Chester und Manchester an, dann aber auch der Dramatiker D. H. Lawrence, der bekannte Epiker Laurence Sterne, ein Mann und G. H. L. S. H. die große Schachspieler, neben einer großen Reihe anderer bedeutender Frauen. Wie bei allen humanitären und fortschrittlichen Bewegungen in England ist es auffallend, wie stark sich die Anteilnahme dafür entfalten.

Unter den geistlichen Exponenten angehörenden Verbänden, deren Anzahl nicht mehr oder weniger stark mit dem Zweck des Auschußes verknüpft sind, fallen wieder die in Wirklichkeits und Einfluss sehr starken Frauenorganisationen auf, so die ungefähr 2 Millionen Mitglieder umfassende Frauenunion der Gewerkschaften. Die Labour Party, obgleich stark interessiert und sympathisierend, ist aus konstitutionellen Gründen nicht angehörend.

Zeit seinem Bestehen, also seit Mai 1925 hat der englische Auschuß gegen die Todesstrafe — nach der in London tagungsgebunden überfüllten öffentlichen Gründungsversammlung — im ganzen Reich etwa 200 Zweigstellen erhalten, manche selbständig, die Mehrzahl unter Mitwirkung sympathisierender religiöser, kultureller oder politischer Organisationen. Alle waren auf blühend und zeigen den lebhaftesten Interesse weiter Bevölkerungsteile für das Problem der Todesstrafe und in immer steigendem Maße den Wunsch, sie in England abzuheben.

Das gleiche Bild zeigt die Presse aller Vorbereitungen. Der Volksauschuß vermag es durchzuführen, daß häufig Äußerungen über und gegen die Todesstrafe veröffentlicht werden, an die sich dann jedesmal eine lebhafte Diskussion der Zeiter knüpft. Gehegebereich hat sich die neue Richtung noch nicht ausweiten können. Die beiden Parteien von einzelnen Parlamentariermitgliedern eingetragenen Petitionen der Todesstrafe gelangten aus Versehen die Geschäftsverhandlungen nicht zur zweiten Lesung, jetzt hat der Volksauschuß einen neuen Gesetzentwurf ausgearbeitet und wartet auf eine günstige Gelegenheit für seine Einbringung.

Ein wichtiges Ereignis nicht nur für die englische, sondern für die allgemeine Bewegung gegen die Todesstrafe bildet die gestern erfolgte Veröffentlichung des Buches „Capital Punishment in the Twentieth Century“ (Die Todesstrafe im 20. Jahrhundert, verlegt bei G. P. Putnam Sons, London, und New York) von C. W. Calvert, dem Sekretär des Volksauschußes. Die kaum 200 Seiten umfassende Schrift bildet durch ihre gedrungene Art, ihre völlig unfeindliche und abschließend sehr verständnisvolle Behandlung des Problems, vor allem aber durch das sorgfältige Zusammenhang und in seiner Ausführlichkeit erfüllender überzeugendes Material an Tatsachen und Statistiken ein sehr starkes Argument gegen die Todesstrafe.

Die Abgeordnete, die über das neue Strafgesetzbuch und die darin enthaltenen Bestimmungen über die Todesstrafe zu beschließen haben. Ist die Kenntnis dieses Buches, vor allem aber das darin enthaltene Argumentationsmaterial; es wäre eine Verhängnis auf der Volkstafel, den Fortschritt der Todesstrafe als notwendig für den Schutz der Gesellschaft und des Staates zu fordern, ohne sich mit diesen Angaben auseinanderzusetzen zu haben.

Sein einziges Ziel: für die Wiedereingabe der Behauptung, die Abschaffung der Todesstrafe führe zur Säuberung der Straftäter, die über die Verbrechen im Jahr 1819 bis 1896 wurden in England außer Nord u. a. folgende Verbrechen mit

Japanisches Ultimatum an China?

Im Einverständnis mit England

Wochenschriftendienst der „Vossischen Zeitung“

London, 5. August

Der Zusammenbruch der Generäle Konferenz hat bereits heute im Fernen Osten ein sensationelles Nachspiel gehabt, das auf die bereits wiederholt angekündigte Annäherung zwischen England und Japan schließen läßt. Nach amerikanischen Mitteilungen in Schanghai hat Japan heute durch seinen diplomatischen Vertreter offiziell den Regierungen des Nordens und des Südens eine Anzahl ultimativer Forderungen überreicht, die eine Wiederaufnahme der japanischen Forderungen, die in die 21 Punkte des Jahres 1915 einfließen, münden, derselben. Die japanischen Forderungen betreffen, daß die Mandchurien und die Mongolei in Verwaltungsangelegenheiten japanische Kolonien werden sollen, während die chinesischen Nationalität eine Ausdehnung ihrer Herrschaft nördlich von Schantung unterliegt wird.

Die Forderungen verlangen, daß China Japan das unbeschränkte Recht des Handelsverkehrs in der Mandchurien einräumt, daß Japan das Recht nachsehen kann, in der Mandchurien und von der Mandchurien aus westlich Eisenbahnen zu bauen, während China auf Bayern, die als Parallelbahnen zu den japanischen Bahnen angesehen werden, verzichten soll.

Japan beantragt ferner eine Art von politischem Protektorat über die von Zhang Zu Lin besetzten Provinzen am Peking und droht, daß, wenn die Nationalitäten nördlich von Schantung vorgehen sollten, Japan Schantung behalten und dort seine Truppen noch weiter verbleiben würde, um einen Teil zwischen Peking und Sibirie zu treiben. Der japanische Gesandte in Peking hat sich in das Staatskanzlei von Peking mit einer Erklärung an den chinesischen General über die sofortige Annahme und Durchführung der japanischen Forderungen zu beraten. Die amerikanischen Korrespondenten in Schanghai behaupten, daß Japan nicht nur die Forderungen mit englischer Einverständnis gestellt habe, sondern daß England geradezu Japan eine Vormundschaft über China aufgetragen habe.

Die japanische Presse nimmt mit Genugtuung von dem Zusammenbruch der Generäle Konferenz Kenntnis und prophezeit ein neues Weltgleichgewicht zwischen England und Amerika, wobei beide Mächte darauf angewiesen sein würden, sich um die Grenzgebiete Japans zu bemühen, das jedoch in der Lage sei,

bei der annähernden Parität der Flotten Englands und Americas den Ausbruch zu geben.

Der diplomatische Berichtsteller des „Daily Telegraph“ meinet, daß Lord Balfour morgen aber in einer größeren Rede die englische Antwort auf die Erklärung des amerikanischen Delegierten Gibson erklären werde. In englischen Regierungskreisen ist man besonders verstimmt über Gibsons Anweisung auf die von England den anderen Nationen verweigerte „Freiheit der See“ und auf die direkte Anfrage Gibsons, gegen welche Länder England rüfte, nachdem die deutsche Flotte abberufen worden sei. England habe darauf keine direkte Antwort gegeben, so stellt der „Daily Telegraph“ fest, ohne viele Mächte zu verzagen.

Belgien für Deutschlands Mandatsterr

Wochenschriftendienst der „Vossischen Zeitung“

Brüssel, 5. August

Der belgische Ministerrat hat beschlossen, sich in der Frage des belgischen Mandates nach einem Sitz in der Mandats-Kommission des Völkerbundes England und Frankreich, die dem belgischen Belangen Rechnung tragen wollen, anzuschließen.

Dazu schreibt: „Le Vingtième siècle“, daß dieser Beschluß die wahren Interessen Belgiens außer acht lasse. Diese seien im Mandatvertrag angeblich von Japan und der Broqueville vertritt worden. Aber der Wiedererlangungstrunk Vanderveides, der sich wieder einmal als Verteidiger Deutschlands erwiesen habe, seien die beiden Minister unterlegen.

Gesetz in Berlin

Röschke Wochenschriftendienst

Der deutsche Volkstheater in Paris. Dr. von Gosch, ist von seiner Enttarnung nicht geneigt. Er trifft heute aus München, wo er in einer Sitzung wollte, in Berlin ein, um mit dem Auswärtigen Amt vor der Rüdteckung nach Paris Rücksprache zu halten. Er wird in der kommenden Woche seine Tätigkeit in Paris wieder aufnehmen.